



Stadtratssitzung
Donnerstag, 17. Januar 2008, 17.00 Uhr
Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 30 vom 8. November 2007, Nr. 31 vom 15. November 2007, Nr. 32 vom 22. November 2007 und Nr. 33 vom 29. November 2007)	---
2. Bestellung des Büro des Stadtrats für das Jahr 2008	---
3. Budget- und Aufsichtskommission (BAK) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2008 - evtl. Ersatzwahl eines Mitglieds	---
4. Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2008 - Ersatzwahl von zwei Mitgliedern	---
5. Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2008 - evtl. Ersatzwahl eines Mitglieds	---
6. Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2008 - evtl. Ersatzwahl eines Mitglieds	---
7. Agglomerationskommission (AKO) - evtl. Ersatzwahl eines Mitglieds	---
8. Wahlen in Schulkommissionen (Dezember 2007) (BSS: Olibet)	07.000015
9. Dringliche Interpellation Reto Nause (CVP): Verkehrschaos durch Bauarbeiten an der Muristrasse (TVS: Rytz)	07.000315
10. Kleine Anfrage Christoph Zimmerli (FDP): Gratis WLAN in der Stadt Bern? (TVS: Rytz)	07.000347
11. Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Philippe Müller, FDP): Verstärkte Polizeipräsenz: Berner Gemeinderat vom Saulus zum Paulus? - oder: was eine angekündigte Volksinitiative alles bewirken kann (SUE: Hügli)	07.000378
12. Kleine Anfrage Ernst Stauffer (ARP): „Schandfleck“ Vorplatz Reitschule (SUE: Hügli)	07.000375
13. Motion Fraktion GB/JA!/GPB (Daniele Jenni, GPB/Catherine Weber, GB/Erik Mozsa, JA!) vom 26. Februar 2004: Keine schleichende Überwachung des öffentlichen Raums; Abschreibung von Punkt 2 (FSU: Battagliero / SUE: Hügli)	04.000217
14. Motion Daniel Lerch (CVP) vom 19. Mai 2005 betr. Planung Juch/Hallmatt; Abschreibung Punkt 1 (PVS: Flückiger / TVS: Rytz)	05.000219

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 1	1
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 17.55 Uhr	3
Mitteilungen des Präsidenten	4
Dringlicherklärungen	5
Traktandenliste	5
1 Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 30 vom 8. November 2007, Nr. 31 vom 15. November 2007, Nr. 32 vom 22. November 2007 und Nr. 33 vom 29. November 2007).....	6
2 Bestellung des Büro des Stadtrats für das Jahr 2008 (Wahl Stadtratspräsidium, Vizepräsidien und Stimmzählerinnen/Stimmzähler)	6
3 Budget- und Aufsichtskommission (BAK) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2008 - Ersatzwahl eines Mitglieds	10
4 Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2008 - Ersatzwahl von zwei Mitgliedern	10
5 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2008	10
6 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2008 - Ersatzwahl eines Mitglieds	10
7 Agglomerationskommission (AKO)	11
8 Wahlen in Schulkommissionen (Dezember 2007).....	11
9 Dringliche Interpellation Reto Nause (CVP): Verkehrschaos durch Bauarbeiten an der Muristrasse.....	11
12 Kleine Anfrage Ernst Stauffer (ARP): „Schandfleck“ Vorplatz Reitschule	13
13 Motion Fraktion GB/JA!/GPB (Daniele Jenni, GPB/Catherine Weber, GB/Erik Mozsa, JA!) vom 26. Februar 2004: Keine schleichende Überwachung des öffentlichen Raums; Abschreibung von Punkt 2	14
14 Motion Daniel Lerch (CVP) vom 19. Mai 2005 betr. Planung Juch/Hallmatt; Abschreibung Punkt 1	14
Eingänge	15

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 17.55 Uhr

Vorsitzende

Präsident 2007 Peter Bernasconi, Präsident 2008 Andreas Zysset

Anwesend

Hans Peter Aeberhard	Thomas Göttin	Patrizia Mordini
Michael Aebersold	Guglielmo Grossi	Philippe Müller
Cristina Anliker-Mansour	Beat Gubser	Reto Nause
Rania Bahnan Büechi	Ueli Haudenschild	Nadia Omar
Thomas Balmer	Erich J. Hess	Stéphanie Penher
Giovanna Battagliero	Beni Hirt	Lydia Riesen
Christof Berger	Natalie Imboden	Pascal Rub
Henri-Charles Beuchat	Mario Imhof	Hasim Sancar
Dieter Beyeler	Ueli Jaisli	Emine Sariaslan
Margrith Beyeler-Graf	Roland Jakob	Beat Schori
Manfred Blaser	Stefan Jordi	Rolf Schuler
Peter Bühler	Dannie Jost	Miriam Schwarz
Conradin Conzetti	Ruedi Keller	Yves Seydoux
Dolores Dana	Markus Kiener	Hasim Sönmez
Bernhard Eicher	Andreas Krummen	Ernst Stauffer
Susanne Elsener	Peter Künzler	Barbara Streit-Stettler
Anastasia Falkner	Claudia Kuster	Ueli Stückelberger
Karin Feuz-Ramseyer	Annette Lehmann	Luzius Theiler
Andreas Flückiger	Edith Leibundgut	Martin Trachsel
Urs Frieden	Anna Magdalena Linder	Gisela Vollmer
Rudolf Friedli	Liselotte Lüscher	Anne Wegmüller
Verena Furrer-Lehmann	Markus Lüthi	Thomas Weil
Jacqueline Gafner Wasem	Daniela Lutz-Beck	Rolf Zbinden
Karin Gasser	Ursula Marti	Corinne Mathieu
Simon Glauser		

Entschuldigt

Lea Bill	Erik Mozsa	Beat Zobrist
Christine Michel	Christoph Zimmerli	

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD	Edith Olibet BSS	Regula Rytz TVS
-------------------------	------------------	-----------------

Entschuldigt

Barbara Hayoz FPI	Stephan Hügli-Schaad SUE	
-------------------	--------------------------	--

Ratssekretariat

Annina Jegher, Ratssekretärin	Beat Roschi, Ratsweibel	
Annemarie Masswadeh, Protokoll	Yilmaz Akdas, Telefondienst	

Stadtkanzlei

Jürg Wichteremann

Die Anwesenden erheben sich zu einer Schweigeminute im Gedenken an den verstorbenen Stadtrat Daniele Jenni.

Mitteilungen des Präsidenten

Peter Bernasconi: Ich begrüße die Anwesenden zur ersten Sitzung im neuen Jahr, im Wahljahr 2008. Nachdem ich am Abschlussessen bereits eine Rückschau gehalten habe, möchte ich mich an dieser Stelle nur noch auf einige Zahlen zum Ratsbetrieb im 2007 konzentrieren sowie allen danken, die letztes Jahr mitgeholfen haben, den Betrieb aufrecht zu erhalten.

Ich vergleiche das Jahr 2007, was Zahlen angeht, mit dem 2005 und nicht mit 2006. Mit dem 2005 ist ein Vergleich eher möglich, weil wir im 2005 wie im 2007 61 Sitzungen hatten, gegenüber 54 im 2006, und wir haben bis auf eine Differenz von 2 Stunden auch in beiden Jahren gleich lang getagt. 2006 haben wir 409 Geschäfte behandelt, 2007 465 Geschäfte, das sind 116 mehr als im 2005. Was mir besonders Sorgen bereitet ist die Tatsache, dass im vergangenen Jahr 110 Vorstösse mehr eingingen als in den früheren Jahren. Ein absoluter Rekord, und dies in einem Nicht-Wahljahr. Das Wahljahr steht uns erst noch bevor, in der Regel sind die Wahljahre die Spitzenjahre für Vorstösse, wie ich beim Vergleichen der Zahlen feststellen konnte. Der Rat wird nicht darum herumkommen, auf Grund dieser Entwicklung Massnahmen zu ergreifen. Entweder muss die Geschäftsflut durch eine Anpassung des Geschäftsreglements eingedämmt werden oder es muss noch effizienter gearbeitet oder öfters getagt werden. Das sind die einzigen drei Möglichkeiten, um die Geschäfte auch in Zukunft termingerecht behandeln zu können.

Noch ein Wort zu den Kommissionen. Die vorberatenden Kommissionen des Stadtrats (BAK, PVS, SBK, FSU, UK NSB und AKO) hielten 2007 77 Sitzungen ab, im 2006 waren es 80 und im 2005 81. Das Büro des Stadtrates hat fünf Mal getagt, die Fraktionspräsidienkonferenz zwei Mal und die Kommissionspräsidienkonferenz vier Mal. Ich komme zum Dank. Dem ersten und dem zweiten Vizepräsidenten, also Res Zysset und Ueli Haudenschild, sowie der Ratssekretärin Annina Jegher und dem Ratssekretär Jürg Stampfli danke ich für die tatkräftige Unterstützung während der Stadtratssitzungen. Im entscheidenden Moment konnte ich mich immer auf ihre Unterstützung verlassen. Ich möchte auch allen Beteiligten des Büros, den Fraktions- und den Kommissionspräsidien für ihre Mitarbeit an den Sitzungen herzlich danken. Um eine Sitzung abzuhalten, braucht es Koordination, es braucht eine Einladung, es braucht Räumlichkeiten, es braucht Verhandlungen und ein Protokoll, es braucht aber auch ein schriftliches Festhalten der Beschlüsse, um nur einige Aufgaben zu nennen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ratssekretariats haben unter der Leitung von Annina Jegher und Jürg Stampfli im vergangenen Jahr hervorragende Arbeit geleistet. Das teamorientierte Verhalten, die ausgesprochen gute Kommunikation, die unkomplizierte und sachbezogene, unterstützende Arbeitsweise hat einen reibungslosen Ratsbetrieb ermöglicht. Ich möchte den Beteiligten dafür herzlich danken. Es sind dies, um noch einmal alle zu erwähnen, Annina Jegher, Jürg Stampfli, Beat Roschi, Petra Hirt, Franck Brönnimann, Daniel Weber, Suseta Mailvaganam und die Protokollführerinnen und Protokollführer. Ich danke allen herzlich für ihre Arbeit im vergangenen Jahr. Der Dank geht auch an die Damen an der Garderobe, Anna Beyeler, Gertrud Pauli und Sonja Ramseyer und an die Verwaltung der Infrastruktur, d.h. Christine Zimmermann, die Standesweibelin, und Roland Schneeberger.

Ich lese das Austrittsschreiben von Stefan Bärtschi vor:

„Aus beruflichen und gesundheitlichen Gründen habe ich mich entschlossen, per 31. Dezember 2007 aus dem Stadtrat auszutreten. Meine politische Arbeit machte mir stets Freude und brachte mir Einblick in Gebiete, die ich neben meiner Tätigkeit sonst so nie erfah-

ren hätte. Zudem kamen viele interessante Begegnungen dazu, die mein Leben zusätzlich bereicherten. Ich danke an dieser Stelle allen, die mich während meiner Zeit im Stadtrat begleitet und unterstützt haben. Es war nicht immer einfach, die politische Tätigkeit mit Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Schliesslich danke ich meiner Fraktion für die unzähligen guten und lustigen Momente, die wir erleben durften. Das Abschiednehmen fällt dadurch leichter, dass wir das Glück haben, über kompetente Nachrückende zu verfügen.

Ich hoffe, dass sich mein Wunsch, etwas mehr Zeit für mich zu haben, erfüllt und wünsche allen meinen Stadtratskolleginnen und -kollegen noch viel Befriedigung und Erfolg bei ihrer nicht immer leichten Tätigkeit zum Wohle unserer Stadt.“

Ich komme zur Begrüssung der neuen Stadtratsmitglieder. Ich begrüsse unter uns Bernhard Eicher (JFDP), den Nachfolger von Christian Wasserfallen, Daniela Lutz-Beck (GFL), die Nachfolgerin von Gabriela Bader Rohner, Emine Sariaslan, (GB), die Nachfolgerin von Franziska Schnyder, Henri-Charles Beuchat (CVP), den Nachfolger von Daniel Lerch, Roland Jakob (SVP), den Nachfolger von Stephan Bärtschi und Luzius Theiler (GPB), den Nachfolger von Daniele Jenni. Ich möchte alle im Rat herzlich begrüssen und wünsche ihnen viel Erfolg.

Dringlicherklärungen

Der Antrag auf Dringlichkeit der *Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB): „Das Land, das die Fremden nicht beschützt, geht bald unter“ (Johann Wolfgang von Goethe): Folgen der Asylgesetzrevision für Betroffene und die Stadt Bern* wird abgelehnt mit (31 Ja, 38 Nein).

Dem Antrag auf Dringlichkeit der *Interpellation Fraktion SP/JUSO (Andreas Flückiger, SP): Tram Bern West – Informationsoffensive statt Verkehrschaos* wird zugestimmt (41 Ja, 28 Nein).

Traktandenliste

Peter Bernasconi: Zu Traktandum 10 liegt ein Antrag auf Verschiebung auf den 24.1.2008 vor, der bereits auf der Traktandenliste vermerkt ist. Vom Grünen Bündnis liegt ein **Antrag** auf Verschiebung von Traktandum 11 vor.

Karin Gasser (GB): Wir beantragen die Verschiebung der dringlichen Interpellation Fraktion FDP zur verstärkten Polizeipräsenz auf den 24.1.2008, weil für diesen Termin bereits zwei Vorstösse zum Thema traktandiert sind. Im Sinn der Ratseffizienz möchten wir diese Debatte nur einmal führen.

Antrag Gasser

Traktandum 11 sei auf die Sitzung vom 24.1.2008 zu verschieben.

Der Interpellant Fraktion FDP *Philippe Müller* (FDP): Wenn wir alles immer wieder verschieben würden zu den Themen, über die immer wieder sprechen, so könnten wir uns sehr viele Sitzungen sparen. Das Reglement sieht klar vor, dass eine dringliche Interpellation spätestens am dritten Sitzungstag nach Einreichung zu behandeln ist, dies ist heute der Fall, der Antrag ist damit reglementswidrig.

Peter Bernasconi: Ordnungsanträge können jederzeit gestellt werden.

Beschlüsse

1. Dem Antrag auf Verschiebung von Traktandum 10 wird stillschweigend zugestimmt.
2. Der Antrag Gasser auf Verschiebung von Traktandum 11 wird angenommen (36 Ja, 30 Nein, 5 Enthaltungen).

1 Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 30 vom 8. November 2007, Nr. 31 vom 15. November 2007, Nr. 32 vom 22. November 2007 und Nr. 33 vom 29. November 2007)

Beschluss

Die Protokolle Nr. 30, 31, 32 und 33 werden stillschweigend genehmigt.

2 Bestellung des Büro des Stadtrats für das Jahr 2008 (Wahl Stadtratspräsidium, Vizepräsidien und Stimmzählerinnen/Stimmzähler)

Wahl des Präsidiums

Als Ratspräsident für das Jahr 2008 wird der von der Fraktion SP/JUSO vorgeschlagene bisherige 1. Vizepräsident Andreas Zysset (SP) einstimmig gewählt.

Die Anwesenden gratulieren dem Gewählten mit Applaus.

- Peter Bernasconi übergibt Andreas Zysset die Ratsleitung. -

Andreas Zysset: Liebe Stadträtinnen und Stadträte, sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Gemeinderätinnen. Sie haben mich, liebe Kolleginnen und Kollegen, eben sehr ehrenvoll zum neuen Stadtratspräsidenten gewählt. Ich danke für das Vertrauen, das ihr mir mit eurer Stimme gebt und für die Unterstützung, die damit verbunden ist. Ihr habt mich damit zum so genannt höchsten Stadtberner erkoren. Ich habe mich bei Jürg Wichtermann, dem ehemaligen Rechtskonsulenten und heutigen Stadtschreiber, erkundigt, wie die Sache mit dem „höchsten Berner“ zu verstehen sei. Er hat mir zwei Erklärungsmöglichkeiten gegeben. Die erste ist die simple Variante. Es können es alle hier sehen: Der Präsident sitzt im Ratsaal auf dem höchsten Stuhl und aus diesem Grund nennt man ihn den höchsten Berner. Weil man allzu simplen Erklärungen in der Politik nie ganz trauen sollte, hier noch ein etwas seriöserer Versuch: Das Bild und damit der Ausdruck des „höchsten Berners“ haben ihren Ursprung in der Gewaltenteilung, wie sie in der modernen Demokratie herrscht. Das Prinzip der Gewaltenteilung legt vereinfacht gesagt fest, dass in einem Staat kein Organ alles machen darf. Die Macht wird unter drei Gewalten geteilt: Das Parlament erlässt die Gesetze und fasst die wichtigen Beschlüsse, die Regierung wendet die Gesetze an und führt die Beschlüsse des Parlaments aus und die Gerichte wachen darüber, dass die Gesetze richtig angewendet werden. Weil ohne unser Parlament keine Gesetze entstünden, die angewendet werden könnten, genießt der Stadtrat eine gewisse Vormachtstellung, er ist die höchste Gewalt, und weil der Stadtratspräsident für ein Jahr der Höchste der höchsten Gewalt ist, ist er der „höchste Berner“. So weit Jürg Wichtermann. Aber kommen wir zur Praxis. Über eigentliche Macht verfügen Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten in der Schweiz nicht. Das wissen alle, die hier im Rat sitzen und deshalb können wir uns fragen, was denn die Aufgabe des Stadtratspräsidenten sei. Er leitet die Sitzungen und hier hat er immerhin einen kleinen Zipfel Macht, nämlich seine Glocke und den Knopf, um das Mikrophon ein- und auszuschalten. Er ist weiter verantwortlich für die Traktandenliste, er hat bei Stimmgleichheit den Stichentscheid, er ist

der Vorgesetzte des Ratssekretariats und er hat eine Reihe weiterer technischer Aufgaben. Vielleicht am wichtigsten ist, dass der Stadtratspräsident die Stadt, den Stadtrat bei verschiedensten Anlässen vertreten kann. Bei derartigen Gelegenheiten kann er für die Stadt und für städtische Anliegen werben. Der Stadtratspräsident ist in diesem Zusammenhang immer der Stadt als Ganzem verpflichtet. Aber trotzdem scheint es mit der Attraktivität dieses Amtes nicht sehr weit her zu sein, ich kann dazu zwei Zeugen zitieren. Dazu muss man wissen, dass wir im Sommer jeweils ins Tessin in die Ferien fahren, und dort tritt regelmässig ein Zauberer auf, Renato. Er ist sehr gut und macht unseren Kindern einen grossen Eindruck. Einer unserer Söhne hat verlangt, Renato solle herbeizaubern, dass ich nie in die Stadt „hinunter“ an eine Sitzung und dass ich nie in diesen Stadtrat gehen müsse. Ein Berner Journalist hat mich sinngemäss gefragt, warum um alles in der Welt man sich als Politiker freiwillig aus dem Spiel nehme, um eine derart unpolitische Moderatorenrolle einzunehmen. Ich konnte ja letztes Jahr bereits ein wenig üben und ich gebe zu, dass ich ab und zu gerne etwas gesagt hätte. Aber wenn man den Rat leitet, macht man das eben nicht, man ist neutral. Es gibt einige Ausnahmen von dieser Regel und eine davon ist die Antrittsrede. Da darf man noch einmal politisch sein und das benütze ich jetzt natürlich, um ein paar Worte zu verlieren. „Denn die Einen steh'n im Dunkeln und die Andern steh'n im Lichte, doch man sieht nur die im Licht, die im Dunkeln sieht man nicht.“ Bertolt Brecht hat das in der Dreigroschenoper geschrieben und es ist in etwa das Motto meiner Politik. Ich habe mich immer für die eingesetzt, die eher im Schatten, im Dunkeln unserer Gesellschaft stehen und ich werde das auch in meinem Präsidialjahr machen. Wenn wir hier im Ratssaal zuhören, wenn wir Statements in der Presse lesen oder im Lokalfernsehen sehen, so stellen wir fest, dass es von dieser grundsätzlich immer gleichen Stadt sehr unterschiedliche Wahrnehmungen gibt. Die einen sehen nur das Dunkle, das Bedrohende, das Negative, fühlen sich teilweise bestimmt entsprechend und reden damit unsere Stadt richtiggehend schlecht. Ich stelle mir vor, dass für sie nur eine Stadt in der Art eines überdimensionierten Einkaufsparadies so richtig im Licht und schön wäre, eine Stadt, in die nur hineinkommt, was nicht irgendwie stört und das schöne Bild ankratzt, nicht aber das, was nicht hineinpasst, nicht angepasst ist. Die anderen – hier spielt vielleicht auch eine gewisse Selbstkritik mit – verschliessen sich gewissen Problemen, reden Dinge auch dort noch schön, wo es eigentlich nichts mehr schönzureden und zu erklären gibt. Wenn sich beispielsweise Menschen in unserer Stadt nicht mehr sicher fühlen, wenn es Orte gibt, die gemieden werden, so haben wir ein Problem, das man lösen muss. Damit komme ich wieder zum Stadtrat und seiner Funktion. Er ist nach meiner Ansicht in erster Linie dazu da, um nach praktikablen Lösungen zu suchen, die die Stadt weiterbringen und die allen Menschen, die hier leben, Chancen und Möglichkeiten bieten. Eine Stadt, die die einen im hellen Scheinwerferlicht erstrahlen lässt und die anderen im Dunkeln lässt, ist keine gute Stadt. Bern hat aus meiner Sicht ein ganz grundlegendes Problem. Es ist eine sehr subjektive Sicht, ich gebe es gleich von Anfang an zu: Bern ist zu klein, national gesehen, um zwischen Zürich und dem Arc lémanique wirklich eine entscheidende Rolle zu spielen. Bern ist auch kantonal gesehen zu klein, weil die gewachsene Stadt und die Gemeindegrenze längst nicht mehr übereinstimmen. Aber wir tun immer noch so, als ob zwischen Köniz und Bern oder zwischen Ostermundigen und Bern riesige Unterschiede bestünden. Dabei bin ich überzeugt davon, dass ein grosser Teil der Bevölkerung als städtische Bevölkerung fühlt, lebt und denkt. Aus der Stadtperspektive selber ist die Stadt im Inneren zu klein, das hat uns der Umbau des Bahnhofs deutlich gezeigt in der Zeit, als die Spitalgasse gesperrt war. Die Stadt findet fast nur in zwei Gassen statt, und wenn diese nicht zu hundert Prozent funktionieren, entstehen sofort Probleme. Es könnte ein gemeinsames Ziel unserer Stadtpolitik sein, unsere Stadt grösser zu machen. Es könnte eine Variante sein, dass wir Schritte gehen, um uns mit dem Umfeld zusammenzuschliessen. Damit, um ein einfaches Beispiel zu bringen, die verschiedenen Winterdienste nicht mehr, wie in diesen Tagen, mit verschiedensten Konzepten Schnee und Eis

angehen: Die einen räumen schwarz, die anderen weiss und die dritten etwas dazwischen. Damit nicht unmittelbar unterschiedlichste Standards existieren bei der sozialen Versorgung usw. Mit Synergiegewinnen durch ein Zusammengehen, da bin ich sicher, könnte man vieles realisieren, was heute als unbezahlbar angesehen wird. Aber auch in der eigentlichen Innenstadt müssten wir grösser werden. Und dazu bieten sich heute Chancen. Wir haben mit dem neuen Bahnhofplatz endlich die Voraussetzungen, um aus einer reinen Verkehrsplattform einen attraktiven innenstädtischen Raum zu machen und damit zukünftig zu verhindern, dass die Stadt gewissermassen beim „Loeb-Egge“ aufhört. Eine wirklich verkehrsfreie untere Altstadt wäre ein attraktiver Raum für viele Spezialgeschäfte und auch zum Wohnen. Wer dies nicht glauben mag, soll doch wieder einmal in eine dieser wunderschönen Städte in Norditalien reisen. Ich bin sicher, dass eine grössere Stadt attraktiver und erfolgreicher wäre, dass sich Bern so im nationalen Wettbewerb besser positionieren könnte. Dies wäre im Übrigen auch im kantonalen Interesse. Andernorts hat man dies bereits bemerkt, der Kanton Luzern beispielsweise hat die Wachstumsstrategie der Stadt Luzern zum eigenen Ziel erklärt. Meine persönliche politische Haltung wird in diesem Jahr allenfalls dann hervortreten, wenn ich als Stadtratspräsident bei Stimmengleichheit per Stichentscheid über Anträge endgültig befinde, in den anderen Fällen stimme ich ja nicht mit. Damit dies von Anfang an geklärt ist, falls es jemandem nicht klar sein sollte: Ich werde mich, wie das meine Fraktion immer macht, dort wo es möglich ist weiterhin klar für eine soziale, offene, kulturell lebendige Stadt einsetzen, natürlich aus meiner Sicht. Kommen wir auf die Aufgaben des Stadtratspräsidenten zurück. Eine davon, ich habe es bereits erwähnt, ist das Repräsentieren. Diesbezüglich steht ein spannendes Jahr mit vielerlei Höhepunkten bevor. Herausragen wird mit hoffentlich nicht nur kurzfristiger Wirkung die Euro 08. Ob für den Stadtratspräsidenten ein Platz reserviert ist, weiss ich bis jetzt nicht. Offenbar stand einmal in der Zeitung, ich werde einen Platz haben, jedenfalls habe ich seitdem zahlreiche Kolleginnen und Kollegen gefunden, die mich entweder sehr gern begleiten würden oder allenfalls, sollte ich kein grosser Fussballfan sein, dass Ticket bestimmt gebrauchen könnten. Also lieber Stadtpräsident, du hörst mein Dilemma. Ganz besonders freue ich mich persönlich auf die erste Stadtberner Kinder-Olympiade, die am 15. Mai auf dem Gurten durchgeführt wird, und zwar, das darf man hier sagen, dank einem Vorstoss von Thomas Göttin und mir. Alle Dritt- und Viertklässler/-klässlerinnen sind eingeladen, auf dem Gurten aktiv an diesem Sportfest teilzunehmen. Neben diesen sportlichen Höhepunkten gibt es weitere Meilensteine der Stadtentwicklung, die dieses Jahr prägen werden. Bereits stattgefunden hat der Spatenstich für den Bärenpark. Dort sollen es unsere Mutzen ja einmal schöner haben, als dies heute der Fall ist. Im April beginnt der Bau des Trams Bern West, Ende Mai sollte der neue Bahnhofplatz eingeweiht werden, ich bin gespannt, wie dieser viel diskutierte Baldachin aussehen wird. Und am 8. Oktober öffnet das Westside seine Tore. Mit dem Freizeit- und Einkaufszentrum wird auf diesem Markt ein neuer Player auftreten. Es wird interessant sein, die Auswirkungen auf die Konkurrenz, beispielsweise auf die Berner Innenstadt, festzustellen. Wichtig ist aber auch, dass in Brünnen in den kommenden Jahren Wohnungsbau betrieben wird. Brünnen stellt für Bern und für Bern West eine Chance dar. An diesen und an vielen anderen Ereignissen werde ich teilnehmen können, sie werden „mein“ Stadtratsjahr positiv prägen. Prägen werden das Jahr auch die städtischen Wahlen. Sie werden spannend sein und sie werden hier im Rat im Vorfeld durch viele Vorstösse begleitet sein, Peter Bernasconi hat es angetönt, andererseits wird die Diskussionslust bestimmt eher zu- als abnehmen. Sehr viele meiner Vorgängerinnen und Vorgänger haben an dieser Stelle dem Rat jeweils noch erläutert, wie es so zu und her gehen sollte; sie haben allerhand Vorschläge zum Diskussionsstil gemacht, zum Gang der Beratungen, zur Redezeit, zum gegenseitigen Zuhören, zum Vermeiden von Wiederholungen, zur Traktandierung etc. Aus diesem Grund kann ich getrost auf diese Art von Appellen verzichten, ihr wisst bestens Bescheid. Ich habe dazu ein Zitat gefunden von Willy Ritschard, dem Arbeiterbundesrat, einem Mann, der

für mich immer ein politisches Vorbild war. Er hat gesagt: „In der Diktatur darf man nichts sagen, muss alles nur denken. In der Demokratie darf man alles sagen, aber keiner ist verpflichtet, sich dabei etwas zu denken.“ Mit diesem Spruch ist durchaus eine gewisse Hoffnung verbunden. Ich komme damit zum Schluss meiner Antrittsrede. Ich freue mich auf ein spannendes Jahr, ich freue mich auf spannende Begegnungen, auf Diskussionen hier im Rat und im Umfeld des Rats und auf lebendige Debatten und spannende Abstimmungen, auf interessante und häufig auch sehr lehrreiche Reden. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit dem Ratsbüro, vorab mit dem Vizepräsidenten, meinem zweiten Vize und dem Ratssekretariat. Ohne das Ratssekretariat und ohne die Unterstützung des Büros würde nichts laufen, mit ihm ist fast alles möglich. Liebe Stadträtinnen, liebe Stadträte, wir können die neue Legislatur zusammen angehen, ich danke vielmals.

Ich möchte gerne, erstens weil es so Brauch ist und zweitens, und das ist mir wichtiger, weil es mir ein grosses Anliegen ist, meinem Vorgänger und ein Stück weit auch Lehrmeister, Peter Bernasconi, ein Geschenklein überreichen. Es ist nicht ganz einfach, Peter Bernasconi etwas zu schenken, einem Mann von diesem Format, mit diesem Alter und diesem Hintergrund. Er hat alles mindestens bereits zwei Mal. Alles Symbolische, die ganzen Seefahrergeschichten, das habt ihr ihm vergangenes Jahr bereits geschenkt, ich war also in einem echten Dilemma. Schliesslich bin ich durch einen Tipp im Tierpark fündig geworden. Man kann ja sagen er sei eine Art „höheres Tier“ gewesen. Also schenken wir ihm ein Tier, aber, aus verschiedenen Gründen, keinen Ziegenbock, sondern er erhält von mir eine Patenschaft; als Seefahrer wird er für ein Jahr lang Pate der Seepferdchen. Ich hoffe, er wird sie ab und zu besuchen und ich wünsche ihm und den Seepferdchen ein gutes Jahr.

Peter Bernasconi: Lieber Res. Zuerst möchte ich dir zu deiner grandiosen Wahl sehr herzlich gratulieren. Es freut mich ganz speziell, dass du während deiner Amtszeit die parteiübergreifenden Kontakte pflegen willst. Ich bin auch froh, dass deine angeblich bevorstehende Auswanderung nur ein Gerücht war. Denn wenn dem so wäre, so würde uns jetzt eine integre, ausgeglichene, kommunikative und arbeitsame Persönlichkeit fehlen. Ich wünsche dir viel Erfolg bei deiner Ratsführung. Ich lade dich und deine Familie zu einem Wochenende an den Murtensee ein. Dort gibt es keine Seepferdchen, aber wir werden Gelegenheit haben zum Spielen, Segeln, Fischen und zum Kennenlernen der Schönheiten der Region und wir werden die Gelegenheit haben, bei Speis und Trank den Kontakt zu pflegen und zu festigen.

Wahl des 1. Vizepräsidiums

Als 1. Vizepräsident für das Jahr 2008 wird der von der Fraktion FDP vorgeschlagene bisherige 2. Vizepräsident Ueli Haudenschild (FDP) einstimmig gewählt.

Die Anwesenden gratulieren dem Gewählten mit Applaus.

Wahl des 2. Vizepräsidiums

Als 2. Vizepräsident für das Jahr 2008 wird der von der Fraktion GB/JA! vorgeschlagene Urs Frieden (GB) einstimmig gewählt.

Die Anwesenden gratulieren dem Gewählten mit Applaus.

Wahl der Stimmzählenden

Als Stimmzählende werden die beiden Bisherigen Liselotte Lüscher (SP) und Jacqueline Gafner Wasem (FDP) einstimmig gewählt.

3 Budget- und Aufsichtskommission (BAK)
- Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2008
- Ersatzwahl eines Mitglieds

Der von der Fraktion SVP/JSVP vorgeschlagene bisherige Vizepräsident Rudolf Friedli (SVP) wird vom Rat zum Präsidenten der BAK gewählt.

Die von der Fraktion SP/JUSO vorgeschlagene Annette Lehmann (SP) wird vom Rat zur neuen Vizepräsidentin der BAK gewählt.

Der von der Fraktion SVP/JSVP vorgeschlagene Roland Jakob (SVP) wird vom Rat als neues Mitglied und als Ersatz für Stefan Bärtschi in die BAK gewählt.

4 Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU)
- Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2008
- Ersatzwahl von zwei Mitgliedern

Die von der Fraktion FDP vorgeschlagene bisherige Vizepräsidentin Dolores Dana (FDP) wird vom Rat zur Präsidentin der FSU gewählt.

Die von der Fraktion GFL/EVP vorgeschlagene Barbara Streit-Stettler (EVP) wird vom Rat zur neuen Vizepräsidentin der FSU gewählt.

Die von der Fraktion SP/JUSO vorgeschlagene Claudia Kuster (SP) wird vom Rat als neues Mitglied und als Ersatz für Thomas Göttin in die FSU gewählt.

Die von der Fraktion GB/JA! vorgeschlagene Natalie Imboden (GB) wird vom Rat als neues Mitglied und als Ersatz für Franziska Schnyder in die FSU gewählt.

5 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2008

Der von der Fraktion GB/JA! vorgeschlagene bisherige Vizepräsident Urs Frieden (GB) wird vom Rat zum Präsidenten der PVS gewählt.

Der von der Fraktion SVP/JSVP vorgeschlagene Erich J. Hess (JSVP) wird vom Rat zum neuen Vizepräsidenten der PVS gewählt.

6 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2008
- Ersatzwahl eines Mitglieds

Die von der Fraktion SP/JUSO vorgeschlagene bisherige Vizepräsidentin Miriam Schwarz (SP) wird vom Rat zur Präsidentin der SBK gewählt.

Die von der Fraktion FDP vorgeschlagene Anastasia Falkner (FDP) wird vom Rat zur neuen Vizepräsidentin der SBK gewählt.

Die von der Fraktion GFL/EVP vorgeschlagene Anna Magdalena Linder (GFL) wird vom Rat als neues Mitglied und als Ersatz für Gabriela Bader Rohner in die SBK gewählt.

7 Agglomerationskommission (AKO)

Keine Ersatz- und Neuwahlen.

8 Wahlen in Schulkommissionen (Dezember 2007)

Geschäftsnummer 07.000015 / 07/397

Herr Bernhard Eicher (jf) ist auf den 31. Dezember 2007 als Mitglied der neuen Schulkommission Kirchenfeld-Schosshalde zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Kirchenfeld-Schosshalde wird ab 1. Januar 2008 für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2009 gewählt: Herr Daniel Gehrig (jf), 1983, Student Rechtswissenschaften, Effingerstrasse 59, 3008 Bern

Bei den Gesamterneuerungswahlen für die Amtsdauer 2006 bis 2009 blieb dieser Sitz vakant. Als neues Mitglied der Schulkommission der heilpädagogischen Schule wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2009 gewählt: Frau Liselotte Stricker Meuli (GB), 1958, Berufs- und Laufbahnberaterin, Nussbaustrasse 44, 3006 Bern.

Frau Miriam Gerber (FDP) tritt per sofort als Mitglied der Schulkommission der heilpädagogischen Schule zurück. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission der heilpädagogischen Schule wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2009 gewählt: Frau Ursula Gosteli (FDP), 1951, Niederriedweg 42, 3019 Bern.

9 Dringliche Interpellation Reto Nause (CVP): Verkehrschaos durch Bauarbeiten an der Muristrasse

Geschäftsnummer 07.000315 / 07/299

Der Gemeinderat nimmt offensichtlich ein Verkehrschaos für den öffentlichen Verkehr wie auch den Individualverkehr anlässlich der Bauarbeiten an der Muristrasse in Kauf. Ich bitte deshalb um die Beantwortung der nachfolgenden Fragen:

1. Ist dem Gemeinderat bewusst, dass aufgrund der Baustelle an der Muristrasse im Burgernzielkreisel während der Stosszeiten das Verkehrschaos ausgebrochen ist?
2. Ist ihm bewusst, dass sich an der Autobahnausfahrt Ostring stadteinwärts Staus bilden, weil der Verkehr über den Burgernzielkreisel nicht mehr richtig abfliessen kann?
3. Ist ihm bewusst, dass die Baustelle Muristrasse erhebliche Auswirkungen für einen einigermassen reibungslosen Verkehrsfluss im ganzen Osten der Stadt nach sich zieht in einer Zeit, in der an der Laubeggstrasse zwischen Ostring und Schosshalde ebenfalls eine Baustelle besteht, welche den Ost-West-Verkehr erheblich beeinträchtigt?
4. Mit welchen Verspätungen müssen die Tramgäste auf den Linien 3, 5, RBS und auf der Buslinie 12 aufgrund der geschilderten Verkehrssituation rechnen?

5. Warum nimmt der Gemeinderat eine fast halbjährige Bauzeit für das kurze Teilstück in Kauf, wenn der Verkehrsfluss derart beeinträchtigt wird und die umliegenden Quartiere durch die Abgasemissionen der Staus erheblich tangiert werden?
6. Mit welchen Ertragsausfällen ist die Tamoil-Tankstelle an der der Muristrasse konfrontiert?
7. Welche Massnahmen gedenkt der Gemeinderat zur Verbesserung der Situation zu ergreifen?

Bern, 20. September 2007

Die Direktorin TVS *Regula Rytz* beantwortet die Dringliche Interpellation im Namen des Gemeinderats wie folgt: Der Vorstoss ist nicht mehr ganz „taufrisch“, ich lese deshalb eine Antwort vor, die bereits etwas länger zurückliegt. In der Zwischenzeit haben sich gewisse Sachen verändert, ich hoffe zum Besseren.

Die Baustelle an der Muristrasse wird vom Wasserverbund Region Bern AG zusammen mit Energie Wasser Bern betrieben. Auf der Strecke Burgernziel - Muristrasse - Seminarstrasse werden die bestehenden Wasserstadtleitungen sowie die Gas- und Stromleitungen ersetzt. Die Wasserleitung muss wegen der Gefahr ersetzt werden, dass die alte, unter dem Tramtrasse liegende Leitung bricht. (Wir haben kürzlich in der Länggasse gesehen, was das bedeuten könnte.) Die Wasserleitung hat eine Hauptversorgungsfunktion für die Stadt Bern ab den Reservoirs Mannenberg und Gurten.

Die Fragen zur Verkehrssituation Muristrasse beantwortet der Gemeinderat wie folgt:

Zu Frage 1 bis 3: Neben den Schienenfahrzeugen von BernMobil und RBS überqueren pro Normalwerktag rund 37'000 Motorfahrzeuge den Burgernziel-Kreisel. Schon seit mehreren Jahren wird in Spitzenzeiten die Kapazitätsgrenze erreicht, weshalb sich jeweils längere Staus bilden. Wegen der aktuellen Baustelle bzw. der dadurch ausgelösten Sperrung eines kurzen Abschnitts der Muristrasse (stadteinwärts) müssen nun an einem Normalwerktag rund 4'000 Motorfahrzeuge umgeleitet werden. Dies führt zwar zu einer Mehrbelastung des restlichen Strassennetzes, bisher musste aber wegen der Baustelle keine wesentliche Verschlechterung der Stausituationen festgestellt werden.

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass jede Änderung des Verkehrsregimes in diesem Gebiet den Verkehrsfluss verändern und auch negative Auswirkungen auf die umliegenden Strassen haben kann. Frühzeitig wurde daher für diese Baustelle ein Verkehrs- und Umleitungskonzept in Auftrag gegeben und mit allen beteiligten städtischen Stellen koordiniert. Dieses Konzept wird nun umgesetzt und scheint nach den bisherigen Erfahrungen zu funktionieren.

Zu Frage 4: Gemäss Angaben von BernMobil liegen die Verspätungen des öffentlichen Verkehrs im Bereich Burgernziel in den Spitzenzeiten im üblichen Rahmen. Die Baustelle hatte bisher keine negativen Auswirkungen auf den Betrieb des öffentlichen Verkehrs.

Zu Frage 5: Die Bauarbeiten an der Muristrasse begannen Mitte August 2007. Sie werden Ende Jahr abgeschlossen sein, was eine effektive Bauzeit von vier Monaten bedeutet. Die Arbeiten können nicht beschleunigt werden, da aus Gründen der Versorgungssicherheit in Etappen gearbeitet werden muss.

Zu Frage 6: Die Ein- und Ausfahrten für die Tankstelle sind jederzeit gewährleistet, die Zufahrt ist innerhalb der Umleitung signalisiert. Die Bauleitung ist im ständigen Kontakt mit dem Tankstellenbetreiber. Über Ertragsausfälle der Tankstelle ist nichts bekannt.

Zu Frage 7: Weil die Bauarbeiten bis Ende Jahr abgeschlossen werden und alle notwendigen Massnahmen zur Gewährleistung des Verkehrs getroffen worden sind, hat der Gemeinderat keine Veranlassung, zusätzliche Massnahmen zu ergreifen.

Bern, 14. November 2007

Der Interpellant *Reto Nause* (CVP): Wer die Situation an der Muri- und Seminarstrasse in den „heissen“ Bauphasen erlebte, musste sagen, es sei chaotisch. Die Quartiere waren davon betroffen und die Verkehrssituation war komisch. Ich würde mir vom Gemeinderat wünschen, dass er mehr Problembewusstsein entwickelt, wenn derartige Bauvorhaben anstehen und dass er mehr Problembewusstsein entwickelt, wenn auch das dort angesiedelte Gewerbe betroffen ist, namentlich die Tamoil-Tankstelle. Um überhaupt hinzugelangen, musste man um sie herum fahren.

Der Interpellant ist mit der Antwort des Gemeinderats nur **teilweise zufrieden**.

- Traktandum 10 und 11 werden auf die Sitzung vom 24. Januar 2008 verschoben. -

12 Kleine Anfrage Ernst Stauffer (ARP): „Schandfleck“ Vorplatz Reitschule

Geschäftsnummer 07.000375 / 07/381

In letzter Zeit berichten die Zeitungen immer wieder über die unhaltbaren Zustände auf dem Vorplatz der Reitschule. Die Stadt will keine offene Drogenszene dulden, bei der Reitschule hat sich aber einmal mehr eine solche gebildet usw. lese ich in der BZ vom 5. November 2007.

Nur vom Gemeinderat hört und liest man nichts.

Ich stelle deshalb dem Gemeinderat folgende Fragen:

1. Unternimmt der Gemeinderat etwas um die unakzeptable Situation zu beheben?
2. Wenn Ja, was?
3. Wenn Nein, wer soll dann für Recht und Ordnung sorgen, wenn nicht der Gemeinderat?

Bern, 8. November 2007

Die Direktorin TVS *Regula Rytz* beantwortet die Kleine Anfrage in Vertretung von Direktor SUE Stephan Hügli und im Namen des Gemeinderats wie folgt:

Der Gemeinderat hat Kenntnis bezüglich der Drogensituation vor der Reithalle. Zu den Fragen nimmt er wie folgt Stellung:

Zu Frage 1: Der Gemeinderat hat der Stadtpolizei Bern mit GRB 782 vom 18. März 1992 einen Generalauftrag zur Verhinderung einer offenen Drogenszene in der Stadt Bern erteilt. Da sich die Drogensituation ständig verändert, hat der Gemeinderat in der Zwischenzeit die erforderlichen Anpassungen angeordnet. Mit PINTO hat er eine zusätzliche operative Interventionseinheit geschaffen. Zur Erhöhung der Sicherheitslage patrouilliert die Securitas seit Oktober 2006 im Auftrag der Stadt und in Absprache mit der Stadtpolizei im Einsatzraum Reithalle. Der Gemeinderat ist sich seiner Sicherheitsverantwortung bewusst und wird auch in Zukunft klare Steuerungsvorgaben erteilen.

Zu Frage 2: Trotz den knappen Personalressourcen der Stadtpolizei hat der Gemeinderat mit GRB 1756 vom 14. November 2007 die Stadtpolizei beauftragt, bis Ende 2007 die Repression im Drogenbereich und die Polizeipräsenz an den neuralgischen Punkten zu erhöhen.

Zu Frage 3: Siehe Antworten zu den Fragen 1 und 2.

Bern, 5. Dezember 2007

Ernst Stauffer (ARP): Ich bin mit der Antwort des Gemeinderats zufrieden.

13 Motion Fraktion GB/JA!/GPB (Daniele Jenni, GPB/Catherine Weber, GB/Erik Mozza, JA!) vom 26. Februar 2004: Keine schleichende Überwachung des öffentlichen Raums; Abschreibung von Punkt 2

Geschäftsnummer 04.000217 / 07/308

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, den erheblich erklärten Punkt 2 der Motion abzuschreiben.

Die FSU-Referentin *Giovanna Battagliero* (SP): Die Kommission hat dieser Abschreibung mit 8 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt und sie hat sich versichern lassen, dass der Gemeinderat, wenn es wieder einmal den Fall geben sollte, dass eine Kamera auf privatem Grund auch öffentlichen Raum überwacht und wenn ihm dies bekannt ist, einschreitet und dafür sorgt, dass die Kamera entfernt oder zumindest anders eingestellt wird.

Beschluss

Der Rat stimmt der Abschreibung stillschweigend zu.

14 Motion Daniel Lerch (CVP) vom 19. Mai 2005 betr. Planung Juch/Hallmatt; Abschreibung Punkt 1

Geschäftsnummer 05.000219 / 07/309

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, den erheblich erklärten Punkte 1 der Motion abzuschreiben.

Beschluss

Der Rat stimmt der Abschreibung stillschweigend zu.

Traktandum 10 und 11 werden auf die Sitzung vom 24. Januar 2008 verschoben.

Eingänge

Es werden ein Dringliches Postulat, vier Motionen, zwei Postulate und fünf Interpellationen eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet, nämlich:

Dringliches Postulat Fraktion SP/JUSO (Andreas Flückiger, SP): Tram Bern West – Informationsoffensive statt Verkehrschaos

Das Tram Bern West hat nach diversen Ehrenrunden zuletzt auch im Stadtteil VI an der Urne eine Mehrheit gefunden. Die grosse Bedeutung des Projekts für Stadt und Region Bern ist hinlänglich bekannt. Es gilt, in der Bauphase nicht die kommunikativen Fehler der Planungsphase zu wiederholen.

Die Stadt Bümpliz-Bethlehem ist ungefähr so gross wie Schaffhausen oder Thun. Niemandem käme es in den Sinn, die Hauptverkehrsachsen von Schaffhausen oder Thun über Monate zu sperren, ohne mit der Bevölkerung quartierverträgliche Verkehrskonzepte auszuarbeiten und zu diskutieren. Bereits in wenigen Wochen wird in Bümpliz der Dorfbrunnen, das Symbol des Widerstandes gegen das Tramprojekt, abmontiert und damit der definitive Startschuss zum Bau des 100-Millionenprojekts Tram Bern West gegeben. Auf der Webseite von Tram Bern West ist demgegenüber nicht der Hauch einer aktuellen Information zu erkennen. Der letzte Eintrag datiert vom 10. August und berichtet von der erteilten Baubewilligung. Dies obschon die Medien längst über den faktischen Baubeginn von Tram Bern West in Brünnen berichtet haben. Symptomatisch ist auch, dass in der neugegründete Aktiengesellschaft, welche das Gesamte Projekt Tram Bern West steuert, zwar ewb, Bernmobil und der Stadtingenieur vertreten sind, unter keinem Titel aber der Stadtteil VI als wesentliches Standortgebiet (bzw. die betroffene Bevölkerung).

Der Gemeinderat wird gebeten, zur Vermeidung unnötiger Konflikte und unverhältnismässiger Einschränkungen der Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil VI insbesondere folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Aufwertung der aktuellen „Promo-Webseite“ Tramernwest.ch zur umfassenden und jederzeit aktuellen Informationsplattform über Bauphasen, Verkehrsbeschränkungen, Zuliefer- und Anfahrtswege für Gewerbetreibende, Anwohnende und Besuchende sowie planbare Lärmbelästigungen und Erschütterungen. (Als gutes Beispiel sei die Webseite zum Bahnhofplatz erwähnt.)
2. Bevor an den Bümplizer Dorfbrunnen Hand angelegt wird, sind offene Workshops in allen betroffenen Quartieren durchzuführen und für alle akzeptable Verkehrsmassnahmen zu diskutieren und festzulegen. Keinesfalls darf der Spardruck im abgespeckten Projekt Tram Bern West dazu führen, dass aus der Sicht der Bevölkerung suboptimale Vorgehensweisen getroffen werden. Das Projekt muss in jedem Falle auch in der Bauphase dem aktuellen Stand der Technik entsprechen. Wo nötig sind Hilfsbrücken Monate langer Verkehrsperennungen vorzuziehen.
3. Im Tramperimeter ist eine Begleitgruppe (unter Einbezug der Quartierkommissionen) zu definieren, welche gebührend Einfluss auf den Bauablauf nehmen kann. Gleichzeitig ist ein Ombudsmann „Tram Bern West“ zu bestimmen, der als Anlaufstelle für Bürgerinnen anliegen aus den betroffenen Quartieren zur Verfügung steht.

Begründung der Dringlichkeit:

Ein Tramprojekt lässt sich nicht gegen, sondern nur mit der Bevölkerung realisieren. Die mittlerweile positive Grundstimmung im Stadtteil VI zum Tramprojekt darf nicht durch rücksichtlo-

ses Bauen gefährdet werden. Da in Brünnen gegenwärtig die ersten Schienen verlegt werden, kommunikativ aber noch keinerlei Schritte eingeleitet wurden, besteht dringlicher Handlungsbedarf.

Bern, 17. Januar 2008

Dringliches Postulat SP/JUSO (Andreas Flückiger, SP), Ruedi Keller, Patrizia Mordini, Stefan Jordi, Markus Lüthi, Guglielmo Grossi, Hasim Sönmez, Rolf Schuler, Claudia Kuster, Miriam Schwarz, Andreas Krummen, Annette Lehmann, Beat Zobrist, Thomas Göttin, Christof Berger, Corinne Mathieu, Ursula Marti, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Zysset

Die Dringlichkeit wird vom Stadtrat abgelehnt.

Motion Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler/Manfred Blaser, SVP): Alle Kommissionen der Stadt Bern müssen sich an Regeln halten! Auch der rot-grüne Club namens Seniorenclub!

Nach der Debatte vom 15. November 2007 ist wohl den meisten Stadtratsmitgliedern, zum Teil leider erst nachträglich, klar geworden, dass der Gemeinderat seine Aufsichtspflicht, betreffend Kommissionen, wie in diesem Fall des Seniorenrats einmal mehr nicht richtig wahrnimmt. Obwohl der zuständigen Direktorin bekannt ist, dass die Aufteilung zwischen Parteien, Organisationen und Verbänden mehr als nur zu wünschen übrig lässt!

Aus diesem Grund wird der Gemeinderat aufgefordert, das Reglement des Seniorenrates wie folgt abzuändern und zu ergänzen:

1. Die Zugehörigkeit zu Parteien, Altersorganisationen, Verbänden und weiteren Interessierten muss offengelegt sein.
2. Pro Partei, Altersorganisation, Verband oder weiteren Interessierten darf nur ein Mitglied des Seniorenrates sein.
3. Da der Seniorenrat aus 15 Mitgliedern besteht, muss das Präsidium als geschlechtsneutral beachtet werden. (Da sonst die 50%-Quote der Geschlechter nicht funktioniert.)
4. Bei den restlichen 14 Mitgliedern ist die 50% Quote der Geschlechter einzuhalten.
5. Ein Mitglied muss eine Person mit Migrationshintergrund sein.
6. Die sechs Stadtteile sind nach Grösse der Einwohnerzahl im Seniorenrat vertreten.

Wenn der Stadtrat dieser Motion zustimmt, sind die Anforderungen innert vier Wochen im Reglement des Seniorenrats zu ändern und umzusetzen!

Bern 17. Januar 2008

Motion Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler/Manfred Blaser, SVP), Simon Glauser, Ueli Jaisli, Rudolf Friedli, Beat Schori, Thomas Weil, Peter Bernasconi, Roland Jakob, Dieter Beyeler, Lydia Riesen-Welz, Ernst Stauffer

Motion Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti/Annette Lehmann, SP): Aktiv für Kinder: 60 neue Kita-Plätze pro Jahr!

Eine vom Verein Region Bern VRB in Auftrag gegebene Studie von 2007 weist nach, dass Kindertagesstätten volkswirtschaftlich rentabel sind (www.regionbern.ch). Das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Kinderbetreuung in Kitas in der Region Bern liegt kurzfristig bei 1.5 bis 2* Franken und langfristig bei 2.6 bis 3.5 Franken pro investiertem Franken. Auf ähnliche Resultate kamen auch andere Studien im In- und Ausland.

Vom Nutzen – höhere Erwerbseinkommen, Sozialversicherungsbeiträge und Steuereinnahmen sowie vermiedene Sozialhilfekosten – profitieren nicht alle gleich:

- Ausgeglichen, mit 1 zu 0,8 bis 1.2, ist die Bilanz für die Standortgemeinden. Sie haben den kleinsten finanziellen Nutzen, profitieren aber dennoch, da ihr Einsatz wieder zurückfliesst und sie von vielen zusätzlichen nicht qualifizierbaren Vorteilen profitieren, wie die Förderung von Entwicklung, Chancengleichheit und Integration der Kinder, Standortvorteile für die Wirtschaft sowie Attraktivität der Wohngemeinde für Familien.
- Für den Kanton beträgt das Verhältnis 1 zu 1,3 bis 1,8. Es fließen also 30 bis 80 Prozent mehr Einnahmen in die Kasse des Kantons, als er für die Kitas ausgibt.
- Das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis hat der Bund mit 1 zu 10. Er beteiligt sich nur marginal an der Finanzierung und nimmt das Zehnfache davon ein.
- Ebenfalls einen grossen Nutzen – 1 zu 7 bis 9.4 – haben die Eltern der betreuten Kinder.

*Die erste Zahl entspricht dem Minimalszenario, die zweite dem Maximalszenario.

Forderung

In der Stadt Bern warten über 700 Kinder auf einen Kita-Platz. Dies ist nicht nur ein gesellschaftspolitischer Missstand, sondern bedeutet auch entgangenen volkswirtschaftlichen Nutzen. Aufgrund der nachgewiesenen Rentabilität von Kita-Plätzen fordern wir den Gemeinderat auf:

1. Dem Stadtrat einen Nachkredit für 40 neue, zusätzliche Kita-Plätze für 2008 (zusätzlich zu den bereits geplanten 20 Kita-Plätzen) zu unterbreiten. Bei der Schaffung der neuen Plätze ist auf eine gute Betreuungsqualität und gute Arbeitsbedingungen für die Betreuenden zu achten.
2. Für die nachfolgenden Jahre im PGB als Steuerungsvorgabe 60 zusätzliche Kita-Plätze aufzunehmen und die entsprechenden finanziellen Mittel einzustellen.
3. Bei Kanton und Bund zu intervenieren, damit sie einen grösseren Anteil der Kosten für Familienergänzende Kinderbetreuung übernehmen.

Bern, 17. Januar 2008

Motion Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti/Annette Lehmann, SP), Claudia Kuster, Hasim Sönmez, Liselotte Lüscher, Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Flückiger, Ruedi Keller, Christof Berger, Thomas Göttin, Giovanna Battagliero, Andreas Krummen, Miriam Schwarz, Beni Hirt, Markus Lüthi, Gisela Vollmer, Corinne Mathieu, Stefan Jordi, Guglielmo Grossi

Motion Fraktion FDP (Anastasia Falkner, FDP): Wann mache ich mich strafbar - was bedeutet „Schutzalter“? Aufklärung über die strafrechtlichen Konsequenzen und Prävention muss ebenfalls zum Lehrplan gehören!

In den letzten Monaten wurden wir fast schon überhäuft mit Meldungen sexueller Gewalt unter Jugendlichen, resp. an Kindern. Auch rund um Bern sind mehrere solcher Fälle publik geworden. Diese Fälle haben nicht nur die Eltern verunsichert, sondern auch die Jugendlichen selber. Viele wissen nicht wie sie sich eigentlich verhalten sollen, was überhaupt erlaubt ist und was nicht. Eltern und Jugendliche wenden sich an Lehrer mit ihren Fragen, diese wiederum suchen Rat bei anderen Stellen. Aus den Fragestellungen wird klar, dass an den Schulen Lücken bestehen was den Problembereich von sexuellen Übergriffen und insbesondere die Frage „Ab wann mache ich/machen wir uns strafbar?“ angeht.

Der Lehrplan sieht die „Sexualerziehung“ klar vor. Wie das Thema angegangen werden soll, bleibt den Schulen überlassen. Hier wie in anderen Bereichen ist der Lehrplan weder verpflichtend, noch genau umschrieben. Die einzelnen Gemeinden haben ein Ermessen, das sie ausschöpfen können. Im Bereich Sexualerziehung wird leider nur der Aspekt der Gesund-

heitsförderung, die Entwicklung des Körpers, umgesetzt. Nebenaspekte, wie eben auch der strafrechtliche Aspekt, die Prävention und die Ethikschulung, wird völlig vernachlässigt. Doch genau diese Aspekte sind in den letzten Jahren überaus wichtig geworden. Die Jugendlichen müssen genauso wissen, was erlaubt ist und was nicht, was darf man und was eben nicht, ab wann mache ich mich strafbar oder weshalb nun eben gerade nicht, wie sie auch wissen müssen, dass der Besitz von Pornografie auf dem Schulplatz das Ansehen kurzfristig steigern, aber im Endeffekt auch tief greifende Konsequenzen haben kann!

Sowohl der zwischenmenschliche Bereich, als auch der Umgang mit Internet und Handy muss angegangen werden. Fachleute erklären immer wieder wie gefährlich der Umgang mit Handys ist. Wir sprechen über mögliche Handy-Verbote an den Schulen. Dabei sollte in erster Linie darüber informiert werden, wie ein Handy überhaupt benutzt werden soll und darf. Anregungen wie so etwas umgesetzt werden könnte, gibt es ja bereits durch die Publikation des Hefts Input (vgl. www.jugend-wirtschaft.ch).

Kinder und Jugendliche müssen nicht Verbote auferlegt bekommen, sondern informiert werden. Sie müssen wissen, was sie dürfen, was der Begriff Schutzalter bedeutet und sie müssen auch wissen, was es bedeutet ein Strafverfahren zu durchleben, ob als Tatverdächtiger oder aber auch als Opfer.

Die derzeitige Lage an den Schulen zeigt klar Handlungsbedarf. Deshalb fordere ich den Gemeinderat auf:

1. Das Thema sexuelle Übergriffe, Schutzalter, Gewalt im Unterricht einzubringen und den Lehrplan „Sexualerziehung“ auf diese Bereiche auszuweiten und verbindlich zu erklären (ev. unter Beizug von Fachpersonen)
2. Massnahmen zu treffen, um Jugendlichen einen verantwortungsvollen Umgang mit Handys und Internet zu vermitteln
3. Projekte, Austausch etc. mit bereits bestehenden Kinderschutzgruppen in den Schulen zu fördern.

Bern, 17. Januar 2008

Motion Fraktion FDP (Anastasia Falkner, FDP), Dolores Dana, Yves Seydoux, Karin Feuz-Ramseyer, Thomas Balmer, Jacqueline Gafner Wasem, Ueli Haudenschild, Markus Kiener, Mario Imhof, Bernhard Eicher, Dannie Jost, Pascal Rub, Hans Peter Aeberhard

Motion Fraktion GFL/EVP (Conradin Conzetti/Peter Künzler, GFL): Verwaltungsstruktur optimieren – Reorganisation

Richtlinienmotion

Die Stadt ist wegen dem altrechtlichen Finanzfehlbetrag zu einem sparsamen Umgang mit ihren Finanzen gezwungen. Bei knappen finanziellen Mitteln sind umfassend und überall Massnahmen zu prüfen. Zuerst sind diejenigen Massnahmen umzusetzen, die am wenigsten Auswirkungen auf Dritte haben und nicht unbedingt einen Leistungsabbau zur Folge haben. Ein Bereich wurde bis jetzt bei den diversen Sparpaketen seitens des Gemeinderates wenig angeschaut: Es betrifft die Verwaltungsstruktur bzw. die Grösse einzelner Verwaltungseinheiten.

Die GFL/EVP-Fraktion hat mehrmals verlangt, dass die Verwaltungsstruktur umfassend zu überprüfen bzw. die Verwaltung zu reorganisieren sei. Bis auf Teilbereiche ist diesbezüglich leider wenig geschehen. Die Gleichung „Jede Sparmassnahme ist ein Leistungsabbau“ trifft nicht zu: Vielmehr sind wir überzeugt, dass in der Verwaltungsgrösse und -struktur erhebliches Verbesserungspotential liegt und dass die Umsetzung solcher Massnahmen kaum jemandem weh tut. In letzter Zeit wurden jedoch diverse Beschlüsse gefällt, die in eine andere Richtung zeigen:

- Aufteilung Stadtplanung und Verkehrsplanung in zwei Ämter.
- Weder die Umsetzung von 5 statt 7 noch die Umsetzung von „Police Bern“ führten zu einer echten Verwaltungsreorganisation mit Spareffekten.

Folge davon sind ineffiziente Doppelspurigkeiten und Schnittstellen, die Mehrkosten verursachen.

Aus diesen Gründen erachten wir eine Überprüfung der Verwaltungsgrösse und -struktur als notwendig. Dies ist kein Selbstzweck, sondern schafft Spielräume für neue Leistungen. Bei der Überprüfung der Strukturen ist nicht nur die eigentliche Kernverwaltung, sondern es sind auch die Strukturen der Institutionen zu berücksichtigen, mit denen die Stadt eine Leistungsvereinbarung einget (vbg, TOJ, DOK etc.).

Wir sehen namentlich in folgenden Bereichen Handlungsbedarf:

1. Grösse folgender Verwaltungseinheiten: Stadtplanung, Stadtgärtnerei, Statistikdienst, Kompetenzzentrum Arbeit, Informatikdienste, Wirtschaftsamt, Liegenschaftsverwaltung -
2. Schnittstellen/Zahl der Ämter: Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung, Stadtgärtnerei
3. Reintegration des Hochbaus (Stadtbauten) und Synergienutzung mit dem Tiefbau
4. Zuordnung der diversen Fachstellen
5. Finanzinspektorat (Überprüfung und Reduktion verwaltungsinterner Kontrollen)
6. Verwaltungsinterne Organisation und Abwicklung des Baubewilligungsverfahrens
7. Vereinfachung der Strukturen im Sozial- und Jugendbereich (vbg, toj, DOK)
8. Schul- und Büromaterialzentrale: Überprüfung Notwendigkeit bzw. Grösse

Eine solche Reorganisation ist sozialverträglich umzusetzen, was jedoch wegen der guten konjunkturellen Lage keine Probleme verursachen sollte.

Aus diesem Grund verlangen wir vom Gemeinderat, dass er die Verwaltungsstruktur und -grösse, namentlich in den aufgezählten Bereichen, umfassend überprüft und eine entsprechende Reorganisation einleitet.

Bern, 17. Januar 2008

Motion Fraktion GFL/EVP (Conradin Conzetti/ Peter Künzler, GFL), Ueli Stüchelberger, Martin Trachsel, Rania Bahnan Buechi, Verena Furrer-Lehmann, Barbara Streit-Stettler, Nadia Omar, Susanne Elsener, Daniela Lutz-Beck, Anna Magdalena Linder

Postulat Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP): Verkauf von Werbefläche auf Gebührensäcken der Stadt Bern

Am 25. September 2005 stimmte die Bevölkerung der Stadt Bern dem neuen Abfallreglement zu und seit Mai 2007 ist dieses nun in Kraft. Wie sich nachträglich herausstellte, war vielen Leuten nicht bewusst, welche massiven Verteuerungen im neuen Abfallreglement enthalten waren. Was sich durch die Reaktionen der Betroffenen, kurz nach der Einführung des Reglements, sehr deutlich zeigte.

Wie dem auch sei, dass Reglement ist rechtsgültig, ebenso wie die massive Verteuerung des Abfalls. Dass dieses Reglement nicht einfach so ausser Kraft gesetzt werden kann, ist allen klar, aber es ist auch nicht verboten, dafür Verbesserungen vorzuschlagen.

Wie zum Beispiel, ob die Nutzung der Gebührensäcke der Stadt Bern nicht als Werbeträger für Dritte eingesetzt werden könnten?

Darum wird der Gemeinderat gebeten zu prüfen, ob es nicht möglich ist, dass die Gebührensäcke als Werbeträger für Dritte eingesetzt werden können und die dadurch gewonnenen Einnahmen dafür eingesetzt werden, die Gebührensäcke zu verbilligen.

Wenn der Gemeinderat das Richtige macht, ist eine massive Verbilligung dieser Kosten für die Bevölkerung der Stadt Bern möglich!

Bern 17. Januar 2008

Postulat Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP), Simon Glauser, Ueli Jaisli, Rudolf Friedli, Peter Bernasconi, Manfred Blaser, Erich J. Hess, Roland Jakob, Thomas Weil, Beat Gubser, Reto Nause, Henri-Charles Beuchat, Edith Leibundgut, Ernst Stauffer

Postulat Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF): Heimstätte für Drogenabhängige

Die Situation für drogenabhängige Menschen in der Stadt Bern ist unbefriedigend. Zwar wird den Abhängigen punktuell Hilfe angeboten (z.B. Essensabgabe, Drogenanlaufstelle, Sozialhilfe), doch werden die Menschen grossenteils alleine gelassen. Dieser Umstand soll unter Berücksichtigung folgender Ziele geändert werden:

- Den Drogenabhängigen der Stadt Bern soll ein menschenwürdiges Leben ermöglicht werden. Für sie ist eine situationsgerechte Betreuung sicher zu stellen.
- Für die Drogenabhängigen soll eine Tagesstruktur geschaffen werden. Dies soll ihnen Halt im Leben bieten und einen allfälligen Ausstieg erleichtern.
- Familie und Bekannte der Abhängigen sind von der Betreuungsarbeit zu entlasten.

Um diese Ziele zu erreichen, soll der Gemeinderat die Schaffung einer Heimstätte für Drogenabhängige prüfen. Einen Ideenbeschrieb, wie sich eine solche Heimstätte ausgestaltet liesse, ist als Beilage zu finden. Die Idee orientiert sich an einer ähnlichen Stätte im Kanton Zürich, entsprechend ist mit den zuständigen Personen Kontakt aufzunehmen.

Der Gemeinderat wird gebeten, dem Stadtrat einen Bericht insbesondere zu folgenden Punkten zu unterbreiten:

1. Bedürfnisabklärung nach einer Heimstätte für Drogenabhängige. Hierbei ist nicht nur auf eine Befragung der Abhängigen abzustützen, sondern es sind auch Gespräche mit Experten sowie den Betreibern der Heimstätte in Zürich zu führen.
2. Vorschlag eines Realisierungsmodells für die Heimstätte. Darunter fallen unter anderem die Abklärung eines möglichen Standortes sowie die Klärung der Frage, ob und wie die Heimstätte in Zusammenarbeit mit Privaten realisiert werden soll.
3. Möglichst genaue Abklärung der Investitionskosten sowie der jährlich anfallenden Unterhalts- und Betriebskosten.
4. Ausarbeitung eines Vorschlages zur Finanzierung der unter Punkt 3 genannten Kosten. Der Gemeinderat soll dabei insbesondere aufzeigen, wie er die jährlich anfallenden Unterhalts- und Betriebskosten im bisherigen Finanzhaushalt zu kompensieren gedenkt.

Bern, 17. Januar 2008

Postulat Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF), Ueli Haudenschild, Pascal Rub, Philippe Müller, Dannie Jost, Yves Seydoux, Markus Kiener, Dolores Dana, Jacqueline Gafner Wasem

Beilage zu Postulat Fraktion FDP: Heimstätte für Drogenabhängige - Ideenbeschrieb

1. Ziele

Mit der Heimstätte für Drogenabhängige sollen folgende drei Ziele erreicht werden:

- Drogenabhängige in der Stadt Bern können ein menschenwürdiges Leben führen. Sie erhalten eine ihren Bedürfnissen entsprechende Betreuung.
- Dank einer bescheidenen Tagesstruktur finden die Drogenabhängigen wieder vermehrt Halt in ihrem Leben.

- Familie und Bekannte der Abhängigen, welche bisher die Betreuung vornahmen, werden entlastet.

2. Leistungsumfang

2.1. Grundsatz

Die Heimstätte soll den Bewohnerinnen - falls nötig (vgl. Punkt 2.5) - eine 24h-Betreuung bieten. D.h. von den Mahlzeiten über die Körper- und Raumpflege bis hin zur Aktivierung ist alles anzubieten. Dabei sollen die Bewohnerinnen eine grösstmögliche Selbstständigkeit behalten können.

2.2. Räumlichkeiten

Es sind Zimmer für rund 40 Personen anzubieten. Dabei stehen Zweierzimmer im Vordergrund. Zudem sind entsprechende Aufenthalts- und Essräume zur Verfügung zu stellen.

2.3. Drogenanlaufstelle

Die bisherige Drogenanlaufstelle an der Hodlerstrasse ist in die Heimstätte zu integrieren. Dabei ist sicher zu stellen, dass auch Personen, welche nicht in der Heimstätte wohnhaft sind, Zugang haben.

2.4. Verpflegung

Die Verpflegung ist für die BewohnerInnen sicher zu stellen. Hierzu gehören insbesondere drei Mahlzeiten täglich. Für Besuche soll eine kleine Cafeteria zur Verfügung stehen.

Zu Prüfen ist, ob die Mahlzeiten auch von Externen für geringe Bezahlung angeboten werden soll. Die bisherige Abgabe von Gratismahlzeiten an Sonntagen durch die Stadt Bern kann eingestellt werden.

2.5. Pflegeleistungen

Je nach Bedarf der einzelnen BewohnerInnen sind Pflegeleistungen anzubieten. Das Angebot sowie die Leistungsverrechnung orientieren sich am Leistungskatalog des BewohnerInnen-Einstufungs- und Erfassungssystems (BESA).

2.6. Aktivierung

Je nach Möglichkeiten der BewohnerInnen soll eine entsprechende Aktivierung stattfinden. Dabei können die BewohnerInnen in leichte Pflege- und Haushaltsarbeiten (z.B. waschen, abwaschen, Tisch decken) einbezogen werden.

Denkbar sind auch gemeinnützige Arbeiten für die Stadt Bern sowie eine Tätigkeit in einer geschützten Werkstatt. Zudem ist nach Möglichkeit ein bescheidenes Freizeitangebot bereitzustellen.

3. Zugang

Der Zugang soll Drogenabhängigen wohnhaft in der Stadt Bern ermöglicht werden. Dabei müssen die Personen bereits eine angemessene Zeit in Bern Wohnhaft sein. Scheint es aus Kapazitätsüberlegungen sinnvoll, können auch Drogenabhängige anderer Wohngemeinden aufgenommen werden, Allerdings ist dabei die Leistungsverrechnung zu beachten (siehe Abschnitt 4).

4. Leistungsverrechnung

Die Grund-, Pflege- und Zusatzleistungen sind kostendeckend zu verrechnen. Dabei wird auf das BESA abgestützt. Zu bezahlen sind die Leistungen nach folgenden Grundsätzen:

- In erster Linie sollen die Leistungen durch die Betroffenen d. h. aus deren Einkommen und Vermögen bezahlt werden. Falls Leistungen durch Sozial-, Kranken- und/oder Unfallversicherungen ausbezahlt werden, sind diese ebenfalls zu beanspruchen.
- Ist dies nicht möglich, wird die Differenz subsidiär durch den Sozialdienst der Stadt Bern bezahlt.
- Für Personen, welche ausserhalb der Stadt Bern wohnhaft sind, ist die jeweilige Gemeinde (nach Vereinbarung) aufzukommen.

5. Finanzierung

Folgend wird eine grobe Schätzung der Kosten vorgelegt. Vor der Realisierung ist durch die Stadt Bern eine detaillierte Ermittlung der Bau- Unterhalts- und Betriebskosten vorzunehmen.

5.1. Realisierungskosten

Die Ermittlung der Realisierungskosten erscheint zurzeit schwierig, da diese sehr stark von der Art der Realisierung abhängen. Eventuell müsste die Heimstätte nicht neu errichtet, sondern lediglich gemietet werden.

5.2. Unterhalts- und Betriebskosten

Folgend sollen die Betriebskosten grob geschätzt und den möglichen Einsparungen gegenübergestellt werden. Zu beachten ist insbesondere:

- Betriebskosten: Zuerst wurde eine durchschnittliche BESA-Stufe ermittelt (Stufe 1). Anhand dieser wurden die Tagespreise pro Person mit Hilfe der Tarife der Heimstätte Bärau geschätzt. Darin enthalten sind alle Grund- und Pflegeleistungen. Angenommen wurde, dass die Stadt Bern für die Kosten aller BewohnerInnen aufkommen muss.
- Drogenaufstelle: Deren Kosten wurden in der Berechnung ausgelassen. Diese fallen wie bisher an und haben deshalb keine Auswirkungen auf die neu anfallenden Unterhalts- und Betriebskosten.
- Einsparungen: Diese ergeben sich durch den Wegfall der Sozialhilfeleistungen nach SKOS-Richtlinien (Wohnkosten und Grundbedarf für Lebensunterhalt) sowie durch die Einsparungen bei der Gratis-Essensabgabe durch die Stadt Bern.
- Die Kosten für die medizinische Grundversorgung sowie für über die materielle Grundversicherung hinausgehende Leistungen nach SKOS wurden in der Rechnung nicht berücksichtigt. Sie fallen nach wie vor in gleichem Umfang an.

Gegenüberstellung Kosten und Einsparungen

Kosten		Einsparungen	
Leistung	Betrag	Leistung	Betrag
Heimtarif 124.45 x 365 x 40	1'816'970 CHF	Sozialhilfe nach SKOS (700 + 960) x 12 x 40	796'800 CHF
		Essensabgabe Schätzung	10'000 CHF
Subtotal	1'816'970 CHF		806'800 CHF
Total	1010170 CHF		

Es ist mit rund 1'000'000 CHF zusätzlichen Unterhalts- und Betriebskosten jährlich zu rechnen.

5.3. Mittelbeschaffung

Da sich die Stadt Bern zurzeit in einer schwierigen finanziellen Lage befindet, sind die zusätzlichen Unterhalts- und Betriebskosten durch die laufende Rechnung zu kompensieren.

Im Vordergrund sollen so genannte Kulturprozente stehen. D.h. die Mehrausgaben sollen durch Subventionskürzungen im Kulturbereich kompensiert werden. Dies würde einer Kürzung um rund 3% entsprechen. Die Kulturbetriebe ihrerseits könnten den Ausfall durch leicht höhere Preise auffangen.

Es soll somit eine Umverteilung von Kulturkonsumenten und -Schaffenden zugunsten der Drogenabhängigen der Stadt Bern stattfinden.

6. Realisierung

Der Gemeinderat hat verschiedene Realisierungsmöglichkeiten - unter anderem auch mit Privaten - zu prüfen. Danach soll sie jene Alternative mit dem besten Kosten-Nutzenverhältnis auswählen.

Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB): „Das Land, das die Fremden nicht beschützt, geht bald unter“ (Johann Wolfgang von Goethe): Folgen der Asylgesetzrevision für Betroffene und die Stadt Bern

Das Asylgesetz wurde umfassend revidiert und im September 2006 auf der nationalen Ebene vom Volk angenommen. Das Gesetz beinhaltet viele Verschärfungen – zum einen für die Asyl Suchenden, zum andern für die Städte, die wichtige Aufenthaltsorte für Asyl suchende Menschen sind. Das Gesetz tritt per 1.1.2008 in Kraft. Einer der folgenreichsten Verschärfungen stellt die Ausdehnung des Ausschlusses aus der Sozialhilfe auf alle abgewiesenen Asyl Suchenden dar. Bisher haben nur Personen mit einem Nichteintretensentscheid (NEE) keine Sozialhilfe bekommen. Vom Sozialhilfestopp waren bisher also „nur“ diejenigen betroffen, auf deren Asylgesuch gar nicht erst eingetreten wurde. Sie haben nur Anspruch auf Nothilfe. Das neue Asylgesetz dehnt den Sozialhilfestopp auf all diejenigen Asylsuchenden aus, die zwar einen definitiv abgelehnten Asylentscheid haben, dennoch aber seit Jahren in der Schweiz leben. Dabei wird kein Unterschied gemacht, ob sie nicht in ihr Heimatland zurückgehen oder nicht zurück geschickt werden können. Sie müssen ihre Wohnungen verlassen und bekommen keine Sozialhilfe mehr. Ihnen bleibt nur die Möglichkeit, sich bei den kantonalen Behörden für Nothilfe zu melden. Das Angebot umfasst ein Notbett in einer extra dafür hergerichteten Kollektivunterkunft und Nothilfe für Nahrung, Hygieneartikel usw.

In der Abstimmung vom September 2006 hat die Bevölkerung der Stadt Bern gegen eine Verschärfung gestimmt und die Revision abgelehnt. Humanitäre Beweggründe haben sicher eine Rolle gespielt. Die Ablehnung der Revision hat aber auch damit zu tun, dass der Bund mit dem neuen Gesetz Probleme auf die kantonale und kommunale Ebene abschieben kann und will.

In diesem Zusammenhang bitten wir dem Gemeinderat folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Auswirkungen hat die Revision des Asylgesetzes auf die Stadt Bern?
2. Wie viele Asylsuchende sind in der Stadt Bern vom Sozialhilfeausschluss bedroht?
3. Wie viele davon kommen aus Ländern, in die eine Ausschaffung nicht möglich ist?
4. Wie und von wem (Kanton/Gemeinde) werden die Ausreisepflichtigen im Rahmen der „Nothilfe“ unterstützt?
5. Wie wird mit den verletzlichsten (Alten, Kinder, Familien usw.) umgegangen?
6. Welche Auswirkungen wird der ausgedehnte Sozialhilfestopps auf die Betroffenen und auf die Stadt Bern haben: Schulabbruch der Kinder, Gesundheit, psychische Belastungen, Illegalisierung usw.
7. Welche finanziellen Auswirkungen wird der ausgedehnte Sozialhilfestopp auf das Budget der Stadt Bern haben (beispielsweise Kosten für Nothilfemassnahmen im Gesundheitsbereich, im Bereich der Unterbringung etc. die nicht über die neue Nothilfepauschale vollumfänglich abgedeckt werden können etc.)?

Die Begründung der Dringlichkeit:

Das revidierte Asylgesetz tritt am 1.1.2008 in Kraft. Es wird sich negativ auf die Betroffenen und auf die Stadt Bern auswirken. Deshalb ist wichtig, dass der Gemeinderat so schnell wie möglich zu unseren Fragen Stellung nimmt und die Öffentlichkeit darüber informiert.

Bern, 17. Januar 2008

Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB), Franziska Schnyder, Anne Wegmüller, Stephanie Penher, Karin Gasser, Natalie Imboden, Cristina Anliker-Mansour, Urs Frieden, Lea Bill Rolf Zbinden, Luzius Theiler

Die Dringlichkeit wird vom Stadtrat abgelehnt.

Interpellation Beat Gubser (EDU): Lichtausstrahlung der öffentlichen Beleuchtung Richtung Himmel

Auf der Grossen Schanze stehen mehrere Reihen von ca. 4 m langen zylindrischen Leuchstäben als Leuchten. Diese Leuchten wurden erst vor einigen Jahren installiert. Sie sehen zwar bei Tag und Nacht elegant aus, aber bei Nacht erzeugen sie eine unnötige Lichtausstrahlung nach oben. Somit tragen sie auch zur Lichtverschmutzung des Himmels bei. Ich bitte deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie kann dieses unnötige Übel beseitigt werden?
2. Welches sind die weiteren Anlagen der öffentlichen Beleuchtung, deren Ausstrahlung in Richtung Himmel zu hoch ist? Wie und wann werden diese Anlagen umgebaut?

Bern, 17. Januar 2008

Interpellation Beat Gubser (EDU), Rudolf Friedli, Ueli Jaisli, Thomas Weil

Interpellation Beat Gubser (EDU): Starke Blendung durch die neuen Strassenleuchten reduzieren

Seit dem Frühling 2005 ist die Stadt Bern durch eine neue technische Seuche befallen: Die Strassenleuchten Typ Siteco vermehren sich in einem beschleunigten Tempo, sei es als Leuchte an einer Metallseilaufhängung oder als Kandelaber.

Kurz nach der Montage der ersten Leuchten im Quartier Länggasse gingen verschiedene Reklamation von Einwohnern bei der Energie Wasser Bern (ewb) ein, denn diese moderne Leuchte verursacht eine sehr unangenehme Blendung in der Achse des Strassenzuges, sie hat ebenfalls einen viel zu breiten Lichtkegel in der Querachse und beleuchtet somit die Hausfassaden bis zu einer Höhe von 6 m über den Boden, was in zweifacher Hinsicht sehr unangenehm ist!

Diese Leuchte ist zwar elegant – sie hat schon den Übernahmen Chinesische Berner Ordnonanzlampe 05 erhalten – und sie ist mit einer modernen Lampe, welche einen sehr hohen spezifischen Lichtfluss (Lumen pro Watt) hat, ausgerüstet. Die Lage in den betroffenen Strassenzügen wird aber langsam unhaltbar, denn bis Anfang 2008 wurde nichts seitens ewb unternommen, um endlich nach bald drei Jahren (!) die Blendung stark zu reduzieren. Wie wenn alles in Ordnung wäre, schreitet ewb weiter mit der beschleunigten Installation neuer Leuchten Siteco vor. Deshalb stelle ich folgende Fragen:

1. Wann, wie und durch wen erfolgte die Auswahl dieses Leuchtentyps?
2. Fand vorgängig ein erster Feldversuch mit nur einigen Exemplaren statt? Wenn Nein, warum nicht?
3. Warum ging die Installation im beschleunigten Gange bis Ende 2007 weiter? Wer ist dafür verantwortlich?
4. Wie viele Leuchten (an Seilaufhängung, Kandelaber hoch, Kandelaber nieder, Ausleger an Häusern usw.) wurden jeweils in den Jahren 2005 bis 2007 installiert?
5. Welche Massnahmen sind geplant, um endlich die Blendung zu reduzieren und die Ausleuchtung in der Längs- und Querachse richtigzustellen?
6. Wer trägt die Folgekosten dieses technischen Missgeschicks?
7. Warum hat ewb auf die Reklamationen aus der Bevölkerung bis heute nicht reagiert?
8. Wer ist verantwortlich im Falle eines durch die extreme Blendung verursachten Unfalles? Es sind bereits einige Beinaheumfälle, insbesondere bei Regen, geschehen.
9. Wie sieht die Planung für die Jahre 2008 bis 2018 in Sachen Umbau der öffentlichen Beleuchtung (Umstellung von Quecksilberdampflampen (in den alten offenen blendefreien Leuchten aus Aluminium aus dem Jahren 1960 bis 1970) auf Natriumdampflampen oder

Metalldampfhalogenlampen Anzahl der Leuchtentypen, und jeweilige Kosten) aus? Wie ist die Finanzierung organisiert?

Bern, 17. Januar 2008

Interpellation Beat Gubser (EDU), Rudolf Friedli, Ueli Jaisli, Thomas Weil, Peter Bernasconi, Roland Jakob

Interpellation Ernst Stauffer (ARP): Gemeinderat bricht Projekt Stadthaus ab

Der Gemeinderat bricht das Projekt Stadthaus ab. „Die Zeit ist noch nicht reif für dieses Projekt“, sagte ein enttäuschter Alexander Tschäppät und führte gleich drei Gründe an, die allerdings meines Erachtens nach genauer angeschaut werden müssen.

Grund 1: Auf dem Areal Wankdorf City will der Gemeinderat anstelle eines Stadthauses mehr Steuereinnahmen generieren. Andererseits würden 16 Standorte wo heute die Verwaltung untergebracht ist frei.

Grund 2: Ob sich für den heutigen Standort der Verwaltungsräumlichkeiten Interessenten fänden bezweifelt der Gemeinderat.

Grund 3: Angesichts der angespannten Finanzlage könne es sich die Stadt nicht leisten in ein Projekt das geschätzte 60 bis 100 Millionen kosten würde zu investieren, bei voraussichtlichen jährlichen Einsparungen von 3 Millionen Franken.

Mir scheinen die gemachten Überlegungen mindestens zum Teil etwas zu rudimentär. So sind zum Beispiel Räumlichkeiten in der Stadt gesucht und anstelle von nicht generierten Einnahmen auf dem Wankdorf Areal kämen andererseits Einnahmen von den frei werdenden Räumen in der Stadt. Dass die Finanzlage der Stadt nicht gut ist, entspricht leider der Tatsache. Andererseits stelle ich fest, dass offenbar seit 1914 die Zeit nie „reif“ war für den Bau eines Stadthauses. Was aber andere Städte realisieren können sollte mit den Jahren auch in der Stadt Bern möglich sein.

Ich stelle deshalb dem Gemeinderat folgende Fragen;

1. Ist der Gemeinderat bereit bei dem immer knapper werden Möglichkeiten ein mögliches Areal für ein Stadthaus zu sichern? (Allenfalls als Realersatz oder Abtauschmöglichkeit, falls dann zumal als Standort nicht optimal)
2. Ist der Gemeinderat nicht auch der Ansicht es sollte für einen möglichen Stadthausbau ein zweckgebundener Fonds geschaffen werden?
3. Was sieht der Gemeinderat sonst für Möglichkeiten in naher oder ferner Zukunft um ein Stadthaus zu realisieren?
4. Oder hat der Gemeinderat das Projekt Stadthaus endgültig abgeschrieben?

Bern, 17. Januar 2008

Interpellation Ernst Stauffer (ARP), Lydia Riesen-Welz, Dieter Beyeler

Interpellation Ernst Stauffer (ARP): Verstärkte Polizeipräsenz in der Innenstadt ohne dass für den Steuerzahler zusätzliche Kosten anfallen. Finanzwunder oder Falschaussage?

Gemäss verschiedenen Presseberichten sagte der städtische Polizeidirektor Hügli, die verstärkte Polizeipräsenz in der Innenstadt lasse sich im kommenden Jahr weiterführen, ohne dass für den Steuerzahler zusätzliche Kosten anfallen. Andererseits hat der kantonalbernerische Polizeidirektor Käser für die plötzlichen Begehrlichkeiten des Berner Gemeinderats wenig Verständnis und stellt unmissverständlich unter anderem fest: „Aber Ende Jahr werden die Stunden addiert und abgerechnet, dann muss der Zusatzaufwand abgerechnet werden“.

Innerhalb von 40 Tagen seien 2007 rund 8'000 zusätzliche Stunden zu leisten, dafür stelle der Gemeinderat einen Nachkredit in der Höhe von bis zu 800'000 Franken in Aussicht lese ich im Bund vom 15. Dezember 2007. Wird dieser Betrag auf das ganze Jahr 2008 hochgerechnet, ergibt das ein Betrag von rund 7,3 Millionen Franken. Die Steuerzahler der Stadt Bern sind Steuerzahler beim Kanton und der Stadt, das sei nur der Ordnungshalber festgehalten. Offenbar stellt der Kanton Ende Jahr 2008 also für die Zusatzleistungen Rechnung der Stadt Bern und andererseits werden die Berner Steuerzahler nicht zusätzlich belastet, gemäss den Aussagen von Polizeidirektor Hügli.

Ich staune und stehe vor einem Rätsel, oder Wunder und stelle deshalb dem Gemeinderat folgende Fragen:

1. Handelt es sich bei dieser Angelegenheit um ein Finanzwunder? (Wunder sind eher selten)
2. Wenn Ja, wie kommt ein solches Wunder zu Stande?
3. Wenn Nein, macht der Polizeidirektor der Stadt Bern falsche Aussagen?
4. Gibt es verborgene Finanzquellen oder gar Sponsoren?
5. Wurden vorsorgliche Reserven in das vom Stadtrat und Volk bewilligte Budget 2008 hineingeschuggelt?
6. Will der Gemeinderat der vorgesehenen Volksinitiative „Für eine sichere Stadt Bern“ den Wind aus den Segeln nehmen?
7. Hat der Sinneswandel des Gemeinderats etwas mit den kommenden Wahlen zu tun?
8. Wenn Nein, warum dann der plötzliche Sinneswandel des Gemeinderats betreffend Polizeipräsenz?

Bern, 17. Januar 2008

Interpellation Ernst Stauffer (ARP), Lydia Riesen-Welz, Dieter Beyeler

Schluss der Sitzung: 17.55 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Andreas Zysset*

Die Protokollführerin: *Annemarie Masswadeh*